

Partnerschaften zwischen Selbstverwaltungen aus Sachsen und Niederschlesischen – aktueller Stand, Perspektiven und Empfehlungen

In den Jahren des Umbruchs seit 1989 war der Wunsch nach kulturellem, selbstverwaltetem und zwischenmenschlichem Austausch auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs stark ausgeprägt.

Für die Städtepartnerschaften wurde damals in Schweidnitz die „Schweidnitz-Gesellschaft“ nach dem Vorbild der Stadt Biberach gegründet. Es hat eine „Ära äußerst fruchtbarer Zusammenarbeit gegeben“, so beschreibt Grzegorz Szwedler, Mitarbeiter der Stadtverwaltung Schweidnitz, Anfang der 90er Jahre die Quelle der ausländischen Zusammenarbeit.

Sachsen und Niederschlesien sind unmittelbare Nachbarn und fördern seit 30 Jahren aktiv die Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen und Bereichen. Die Partnerschaften der lokalen Selbstverwaltungen gehören dazu. Wie sieht die Zusammenarbeit der lokalen Gebietskörperschaften aus, was ergibt sich daraus und was könnte getan werden, um die Zusammenarbeit zu entwickeln? Auf diese und viele andere Fragen suchen wir nach Antworten durch die Umsetzung eines gemeinsamen Projekts: 30 Jahre Partnerschaft zwischen Sachsen und Niederschlesien – kommunale Zusammenarbeit – aktueller Stand, Perspektiven und Empfehlungen.

Das Projekt ist ein Versuch, eingehendere Überlegungen über den Stand und die Aussichten der Zusammenarbeit, die während der Pandemie stagnierten, zu erörtern.

Es sollen Maßnahmen vorbereitet werden, die nach dem Ende der Pandemie und der Rückkehr zur normalen Funktionsweise der internationalen Zusammenarbeit ergriffen werden können.

Das Projekt ist ein gemeinsames Unternehmen des Verbandes zur Förderung Niederschlesiens in Wrocław und des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Sachsen e.V. in Hoyerswerda und wird mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für Deutsche-Polnischen Zusammenarbeit durchgeführt.

Im Rahmen des Projekts wurden im Juni und Juli 2021 Online-Umfragen unter den lokalen Selbstverwaltungen aller Ebenen in Sachsen und Niederschlesien durchgeführt. Die Umfrage betraf alle polnisch-deutschen Partnerschaften, nicht nur die sächsisch-niederschlesischen. An den Umfragen nahmen 70 Kommunen aus Niederschlesien und 36 aus Sachsen teil. In den Umfragen wurden die Art der Verwaltungseinheiten (Gemeinde, Landkreise, Woiwodschaft) und deren Namen angegeben. Funktionen und Namen der Person, die an der Umfrage teilnahmen, blieben anonym. Die Umfrage beinhaltete 14 Fragen zu Partnerschaften mit lokalen Kommunen in einem Nachbarland. Es wurde gefragt, wie lange diese Partnerschaften bereits bestehen, welche Themen sie betreffen, welche Pläne für die Entwicklung der Partnerschaft be-


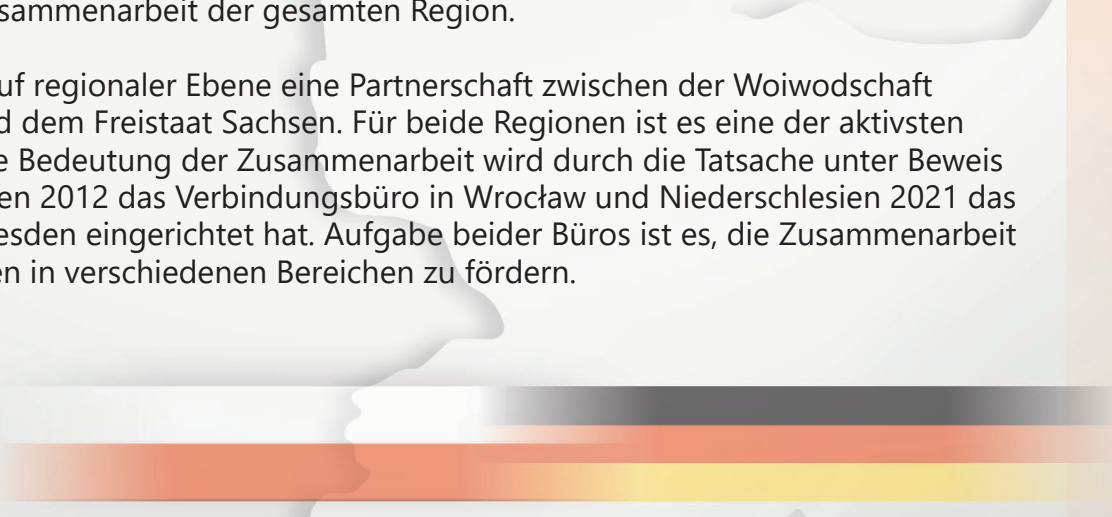
stehen, wer an gemeinsamen Maßnahmen beteiligt ist und wie die Zusammenarbeit finanziert wird. Eine weitere Frage war, welche Unterstützung von den Landes – und Bundesbehörden wünschenswert wäre.

Das Ziel des Projekts ist es, auf der Grundlage von Umfragen Schlussfolgerungen zu ziehen und konkrete Empfehlungen für Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der Zusammenarbeit auszuarbeiten.

Wichtige Schlussfolgerungen

Themen und Formen der Zusammenarbeit

1. Auf der Grundlage der Umfragen wurden 26 Kommunalpartnerschaften aus Sachsen und Niederschlesien ermittelt. Alle, bis auf eine bestehende Partnerschaft, sind aktiv. Die Kooperationsveranstaltungen finden regelmäßig und die Sitzungen der Vertreter der lokalen Gebietskörperschaften finden nicht seltener als alle zwei Jahre statt. Das bedeutet, dass es ein gegenseitiges Interesse an der Zusammenarbeit gibt.
2. Von den niederschlesischen Gebietskörperschaften, die an der Umfrage teilgenommen haben, gibt es 51 Partnerschaften mit Deutschland, davon 26 in Sachsen, 8 Partnerschaften mit Nordrhein-Westfalen, 7 in Niedersachsen, 3 in Bayern und Hessen, 2 in Brandenburg und je eine in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Auch für die sächsischen Kommunen sind Partnerschaften in Niederschlesien die erste Wahl in Polen. Darüber hinaus berichten die sächsischen Kommunen über Partnerschaften in den Woiwodschaften: 2 in Opole, 2 in Świętokrzyskie und je eine in Lubuski, Wielkopolskie und Warmińsko-Mazurskie.
3. Die Zusammenarbeit betrifft am häufigsten die Bereiche Kultur, Jugendaustausch, Sport, Sprachlernen, Bildung, Tourismus, Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren und lokalen Verbänden. Die häufigste Form der Zusammenarbeit sind gegenseitige Besuche, die Teilnahme an Stadtfesten, kulturellen Veranstaltungen, Jubiläen, Sportveranstaltungen sowie Workshops zum Erfahrungsaustausch für Kommunalpolitiker und andere Berufsgruppen.
4. Neben Kommunalpolitikern und Beamten sind auch Schulen, Kindergärten, Sportvereine, Kulturhäuser, Bibliotheken, NRO, Seniorenclubs, Universitäten des dritten Alters, Kreisen von Landfrauen, Freiwillige Feuerwehren sowie Museen beteiligt. An den Partnerschaften Bunzlau – Pirna sowie Zmigród und Bargteheide sind die Jugendräte beteiligt, die mit Gleichaltrigen in Deutschland zusammenarbeiten. In der Partnerschaft von Góra in Niederschlesien und Herzberg-Am-Harz in Niedersachsen sind Esperanto-Sprach-Clubs involviert. Die Landkreise Świdnicki und Bergstraße nutzen UNESCO-Weltkulturerbestätten für die Zusammenarbeit. Die Städte Schweidnitz und Biberach veranstalteten Workshops für Architekten sowie einen Erfahrungsaustausch und Studienbesuche zu Stadtplanung und Zonierung. Im Kreis Karkonoski ist das Polnische Rote Kreuz an der Zusammenarbeit mit der nordrhein-westfälischen Stadt Aachen und dem Kreis Bamberg in Bayern beteiligt. In Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen Wołów und Harburg in Niedersachsen ist das Landkreiszentrum für Bildung und Psychologisch-Pädagogische Hilfe beteiligt. In der Zusammenarbeit von Meißen mit Liegnitz nehmen Musikchöre teil.

- 
- 
5. Der Erfahrungsaustausch zwischen den lokalen Gebietskörperschaften in den Bereichen kommunale Kompetenzen, Kommunalpolitik, Kommunalwirtschaft, Raumordnung, Verkehr wird häufig diskutiert. Gelegentlich tauchen Themen wie wirtschaftliche Entwicklung, Unterstützung der regionalen Entwicklung, Umweltschutz, Unterstützung der Zivilgesellschaft usw. auf. Es gibt auch außerordentliche Themen. Zum Beispiel plant die Gemeinde Schweidnitz in einer Partnerschaft, das Thema „Hilfe für Entwicklungsländer“ anzugehen. In der Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen Trzebnica und Goslar wurde das Thema „Arbeitsmarkt und Berufliche Aktivierung von Arbeitslosen“ diskutiert. Die Städte Żmigród und Bargteheide/Schleswig-Holstein haben sich gemeinsam mit der Fahrradpolitik und der Planung der Fahrradinfrastruktur beschäftigt. Diese Städtepartnerschaften haben den großen Vorteil, über wichtige Öffentlichkeitsarbeit im jeweils anderen Land auf sich aufmerksam zu machen.
 6. In einer Partnerschaft Bunzlau- Pirna spendete die niederschlesische Stadt an einen Partner in Sachsen als Unterstützung nach den Überschwemmungen in Pirna. Eine gesonderte Partnerschaftsgruppe sind Städte, die direkt an der Grenze liegen, wie: Zgorzelec-Görlitz, Pieńsk-Neisseaue, Bogatynia-Zittau, Jelenia Góra-Boxberg, Lwówek Śląski – Wilthen, Gemeinde Bolesławiec – Bernsdorf sowie die Landkreise Zgorzelec – Görlitz und Boleslawiec – Bautzen, Lubański und Stadt Löbau, Jeżów Sudecki – Vierkirchen. Die Zusammenarbeit dieser lokalen Gebietskörperschaften ist äußerst intensiv. Die Treffen von Vertretern der lokalen Selbstverwaltungen finden nicht seltener als vierteljährlich statt. Die Städte Görlitz und Zgorzelec bilden gemeinsam die Europastadt. Dort ist ein Koordinierungsausschuss für Zusammenarbeit tätig, gemeinsame Sitzungen der Stadträte finden statt. Die Kommunen arbeiten auch bei der Infrastruktur zusammen, was sonst bei den von der Grenze entfernten Gebietskörperschaften nicht möglich ist.
 7. Die Gemeinde Pieńsk hat ein EU-Projekt durchgeführt, das der Wasserversorgung der Gemeinde Neisseaue durch eine Wasserversorgungsanlage in Pieńsk dient. Europastadt Görlitz/Zgorzelec plant die Einführung eines gemeinsamen ÖPNV. Der Landkreis Zgorzelec führt gemeinsam mit dem Landkreis Görlitz Kooperationsprojekte im Gesundheitswesen sowie Katastrophenschutz und Krisenbekämpfung durch. Jelenia Góra und Boxberg arbeiten an gemeinsamen Projekten zur Unterstützung des Tourismus und zum Schutz des kulturellen Erbes. Die Landkreise Boleslawiec und Bautzen verfolgen gemeinsam kulturelle Projekte – Folkszene, Bildung, Lehrerclubs usw.
 8. In beiden Regionen gibt es die älteste deutsch-polnische Städtepartnerschaft. Das Partnerschaftsabkommen zwischen den Hauptstädten der beiden Regionen Wrocław und Dresden wurde 1959 geschlossen. Bis heute ist es eine der aktivsten Partnerschaften. Die Partnerschaft befasst sich mit Themen, die in der Zusammenarbeit anderer lokaler Kommunen nicht enthalten sind, wie z. B. wissenschaftliche und Forschungsk Kooperation. Weiterhin spielen Innovation in den Bereichen künstliche Intelligenz, Klimawandel, Energie sowie Hochschulkooperation eine große Rolle. Die Zusammenarbeit von Wrocław und Dresden hat eine lange Geschichte und gliedert sich je nach politischen Gegebenheiten in verschiedene Phasen. Da das Potenzial beider Metropolen sehr groß ist, weist diese Partnerschaft die Richtung für die Entwicklung der Zusammenarbeit der gesamten Region.
 9. Seit 1999 besteht auf regionaler Ebene eine Partnerschaft zwischen der Woiwodschaft Niederschlesien und dem Freistaat Sachsen. Für beide Regionen ist es eine der aktivsten Partnerschaften. Die Bedeutung der Zusammenarbeit wird durch die Tatsache unter Beweis gestellt, dass Sachsen 2012 das Verbindungsbüro in Wrocław und Niederschlesien 2021 das Regionalbüro in Dresden eingerichtet hat. Aufgabe beider Büros ist es, die Zusammenarbeit der beiden Regionen in verschiedenen Bereichen zu fördern.

Faktoren, die Zusammenarbeit fördern, Herausforderungen und Erwartungen

10. Alle an der Umfrage beteiligten lokalen Gebietskörperschaften sind sich einig, dass die Partnerschaft auf die Ähnlichkeit der Kommunen, einer ähnlichen Einwohnerzahl, einem ähnlichen wirtschaftlichen Potenzial, gemeinsamen Herausforderungen und Interessen beruht. Die Grundlage der Partnerschaft ist in der Regel ein guter Kontakt zwischen lokalen Meinungsführern und Kommunalpolitikern, z. B. zwischen Bürgermeistern. Wenn solche Menschen ihren Arbeitsplatz wechseln oder in Rente gehen, fällt die Zusammenarbeit manchmal zusammen. Aspekte wie die Zusammenarbeit mit Polen, die in Deutschland leben oder der deutschen Minderheit in der Partnergemeinde sind ebenfalls förderlich.
11. Das Engagement für Städtepartnerschaften hängt im wesentlichen Maße von zwei Faktoren ab. Der erste Faktor ist die Zahl der Einwohner der Selbstverwaltung und damit ihr finanzielles und inhaltliches Potenzial. Der zweite Faktor ist die Entfernung von der Grenze. Die lokalen Gebietskörperschaften, die sich im Fördergebiet des Programms INTERREG Sachsen-Polen befinden und an gemeinsamen EU-finanzierten Projekten teilnehmen können, haben sehr aktive Partnerschaften und führen zahlreiche gemeinsame Projekte durch. Das Fördergebiet auf polnischer Seite umfasst die ehemalige Woiwodschaft Jelenio Góra und auf der sächsischen Seite die Landkreise Görlitz und Bautzen. Auch Großstädte arbeiten eng zusammen. Je kleiner die Gemeinde ist, desto geringer ist die internationale Zusammenarbeit. Die kleinsten Gemeinden in beiden Regionen führen keine ausländische Zusammenarbeit durch, da sie nicht über geeignete Mittel verfügen und nicht in der Lage sind, sie von außen zu beschaffen.
12. Mehrere Kommunen in Niederschlesien und Sachsen haben vor Ort einen Verband, der sich mit der Förderung von Kommunalpartnerschaften befasst. Die soziale Beteiligung an der ausländischen Zusammenarbeit ist ein Mehrwert für die Entwicklung der Zusammenarbeit. Es erleichtert die Gewinnung neuer Personen und Akteure für die Mitarbeit, schafft neue Ideen, erhöht die Akzeptanz der Öffentlichkeit und erleichtert die Beantragung externer Mittel für gemeinsame Projekte. Städtepartnerschaftsverbände funktionieren in Schweidnitz und Brzeg Dolny in Niederschlesien sowie in Meißen und Riesa in Sachsen.
13. Es gibt Beispiele von Partnerschaften, die drei Kommunen aus Polen – Deutschland – Tschechische Republik beinhalten. Ein Beispiel für eine solche Zusammenarbeit sind Jeżów Sudecki, Vierkirchen und Paseky nad Jizerou. Die Zusammenarbeit erfolgt auch in den Konstellationen Polen – Deutschland – Frankreich und Polen – Deutschland – Ukraine. Es ist eine interessante Innovation in der internationalen Zusammenarbeit und macht sie attraktiver und abwechslungsreicher.
14. Drei Gemeinden in Niedersachsen – Góra, Oława und Radków – haben auf Initiative ehemaliger deutscher Einwohner, die die Orte bis zum Krieg bewohnt haben, in Deutschland eine Partnerschaft geschlossen. Dies ist interessant, da hier sentimentale Beweggründe für die Entstehung der Partnerschaften zwischen den Kommunen von Niederschlesien und der Westukraine ausschlaggebend waren. Die Herkunftsorte der Vorfahren spielte eine entscheidende Rolle. Die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Wrocław und Borken in Nordrhein - Westfalen wurde durch die Polen, die dauerhaft in Deutschland leben, vermittelt. Die Gemeinde Schweidnitz hat sich über die Stiftung Kreisau, die sich für die deutsch-polnische Zusammenarbeit einsetzt und ihren Sitz in der Nähe von Schweidnitz hat, mit der Rheinland-Pfalz-Gemeinde Lampertheim zusammengetan.


Die Stadt Trzebnica kam über die katholische Kirche mit Kitzingen in Bayern zusammen. Die Partnerschaft zwischen Schweidnitz und Biberach im Juli 1990 erfolgte durch intensives

persönliches Engagement der beiden Bürgermeister Claus Wilhelm Hoffmann (Biberach) und Oberbürgermeister Adam Markiewicz (Schweidnitz). Das war außerordentlich hilfreich für den Aussöhnungsprozess zwischen den deutsch-polnischen Behörden. Die Stadt Horka arbeitet aufgrund der deutschen Minderheit in der Region Opole mit der Kommune Reńska Wieś zusammen. Dagegen arbeitet die sächsische Gemeinde Liebstadt mit Miłakow in der Woiwodschaft Warmińsko-Mazurskie zusammen, da sie bis 1945 ebenfalls Liebstadt hieß.

15. Zu den Faktoren, die die Zusammenarbeit behindern, gehört am häufigsten die Sprachbarriere. Das wird in jeder Umfrage auf deutscher Seite und in vielen auf polnischer Seite deutlich. Weitere Faktoren sind unzureichende Mittel für die Zusammenarbeit, geografische Entfernung, Stereotype, unterschiedliches Potenzial und Kompetenz der lokalen Selbstverwaltungen, politischer Wandel, Zeitmangel der Beamten. Eine Umfrage auf sächsischer Seite listete die mangelnde Akzeptanz der Öffentlichkeit für die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf.
16. Die Covid-Pandemie hat die internationale Zusammenarbeit der Kommunen negativ geprägt. Die Treffen fanden 2020 ausschließlich online statt. Es gab praktisch keine Besuche, keine gemeinsamen Projekte und keinen Austausch. Das zeigt sich in zweierlei Hinsicht deutlich. Erstens sind die Ausgaben für die Zusammenarbeit in den meisten Kommunen praktisch auf null gesunken. Zweitens haben viele Kommunen keine Pläne für eine künftige Zusammenarbeit ausgearbeitet, da sie nicht wissen, ob und wann direkte Treffen stattfinden können.

Finanzierung

17. Auf die Frage nach der Erwartung finanzieller Unterstützung durch die Landes- und Bundesebene antworteten alle Befragten, dass sie finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Partnerschaftsprojekten erwarten würden. Die lokalen Selbstverwaltungen im Fördergebiet des Programms INTERREG Sachsen –Polen wünschen sich ebenfalls einstimmig eine Vereinfachung der Verfahren für die Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Zuschüssen. Weitere Wünsche sind: Hilfe bei der Suche nach Partnern für Gemeinden, die noch nicht mit den Kommunen des Nachbarlandes zusammenarbeiten, inhaltliche Unterstützung und Beratung, Schulungen für Beamte, die an der internationalen Zusammenarbeit beteiligt sind sowie sprachliche Unterstützung durch Übersetzungen während der Sitzungen.
18. Die Partnerschaften werden hauptsächlich aus den Haushalten der lokalen Gebietskörperschaften finanziert. Dies sind kleine Summen in beiden Regionen, die für ausländische Partnerschaften ausgegeben werden. Ihre Höhe hängt von der Größe der Kommune ab. Sehr kleine Gemeinden führen überhaupt keine ausländische Zusammenarbeit durch, weil sie nicht über entsprechende Mittel verfügen. Es gibt selten externe Mittel und wenn dies der Fall ist, handelt es sich hauptsächlich um Zuschüsse des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes und der Stiftung für Polnisch-Deutsche Zusammenarbeit. Die Gemeinde Żarów hat die Förderung von der Polnisch-Amerikanischen Freiheitsstiftung für den Jugendaustausch erhalten. Die Gemeinde Brzeg Dolny erhielt Förderung für den Jugendaustausch aus dem Programm Sokrates Comenius. Der Landkreis Karkonoski nutzte Zuschüsse aus dem EU-Programm „Europa für Bürger“. Im Grenzgebiet stammen die Mittel für die Zusammenarbeit aus dem Kleinprojektfonds von INTERREG Sachsen-Polen, der von der Euroregion Nysa verwaltet wird und aus dem Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit INTERREG Sachsen-Polen stammt.

- 
19. Praktisch ist fast keine Kommune Mitglied einer internationalen Vereinigung von kommunalen Selbstverwaltungen. Ausnahmen sind Wrocław und Bunzlau, die Mitglieder in der Europäischen Föderation der napoleonischen Städte sind. (Napoleon besuchte die Stadt Breslau fünfmal und in Bunzlau starb 1813 Michail Kutuzow, Kommandeur der russischen Truppen, die gegen Napoleon kämpften).
20. Die Kommunen aus dem Grenzraum sind Mitglieder in der Euroregion Neiße. Es ist die älteste Euroregion in Polen und wurde 1991 gegründet. Die Euroregion spielt eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das wichtigste Instrument zur Förderung der Zusammenarbeit ist der Kleinprojektfonds im Rahmen des Programms für grenzüberschreitende Zusammenarbeit INTERREG Sachsen-Polen. Die Euroregion verwaltet den gesamten Fonds und gewährt Zuschüsse in Höhe von bis zu 20.000 EUR aus EU-Mitteln für Projekte der sozialen Zusammenarbeit.
21. In der Euroregion Neiße gibt es ein einzigartiges Produkt, das Euro-Neiße-Ticket. Es handelt sich um ein gemeinsames Ticket, das seit 2004 im Grenzgebiet Polen - Tschechische Republik und Deutschland für Zug- und Busverbindungen, für Straßenbahnen in Görlitz und Liberec sowie für eine Schmalspurbahn in Zittau, Weißwasser und Bad Muskau genutzt werden kann. Die Euroregion ist auch eine Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit lokaler Gebietskörperschaften im polnisch-deutsch-tschechischen Dreiländereck.


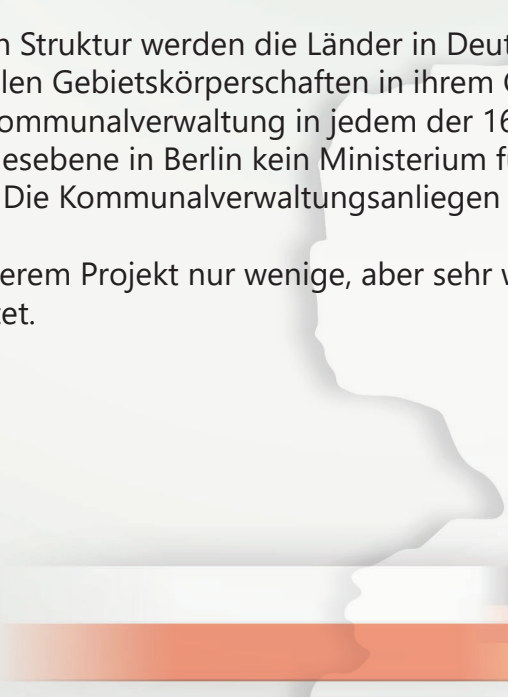
Welche Empfehlungen geben wir?

Das Hauptziel des Projekts bestand darin, den Stand der Zusammenarbeit zu diagnostizieren und Empfehlungen zu entwickeln, die sich an verschiedene Akteure, insbesondere an die Zivilgesellschaft richten. Die Zivilgesellschaft sollte eine Schlüsselrolle dabei spielen, ein Bild der Zusammenarbeit zu gestalten, neue Ideen zu entwickeln und diese dann an lokale Behörden verschiedener Ebenen und anderer Akteuren weiterzuleiten, um die Zusammenarbeit zu stärken.

Darüber hinaus wurden Empfehlungen für die lokale Ebene erarbeitet. Ein spezielles Empfehlungspaket richtet sich an die Woiwodschaften und Landesebene, die sich der Aufgabe stellen sollten, die lokalen Gebietskörperschaften in ihrer Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Ausland besonders zu unterstützen. Die regionale Ebene ist nach dem Subsidiaritätsprinzip von entscheidender Bedeutung für die Förderung der Entwicklung der Zusammenarbeit der Kommunen. Dies ist besonders wichtig, da sich die Selbstverwaltung in Deutschland anders definiert als in Polen.

Aufgrund der föderalen Struktur werden die Länder in Deutschland als Staaten behandelt, die die Strukturen der lokalen Gebietskörperschaften in ihrem Gebiet bestimmen. Das bedeutet, dass die Struktur der Kommunalverwaltung in jedem der 16 Bundesländer unterschiedlich ist. Außerdem ist auf Bundesebene in Berlin kein Ministerium für die Zusammenarbeit mit den Kommunen zuständig. Die Kommunalverwaltungsanliegen werden auf der Ebene der Länder entschieden.

Deshalb werden in unserem Projekt nur wenige, aber sehr wichtige Empfehlungen an die zentralen Behörden gerichtet.



Empfehlungen an die Zivilgesellschaft

1. Einsetzung der Arbeitsgruppe Niederschlesien 2.0. Die Gruppe sollte aus Personen bestehen, die über umfangreiche praktische Erfahrung in der öffentlichen Tätigkeit und über eine Autorität in ihrem Umfeld verfügen. Die Gruppe sollte nicht aus aktiven Politikern bestehen, um maximale politische Neutralität zu wahren. Aufgabe der Gruppe wird es sein, neue Themen und Richtungen der Zusammenarbeit zu klären, neue Ideen und Projekte zu schaffen, neue Akteure für die Zusammenarbeit zu gewinnen, die lokalen Regierungen bei der Zusammenarbeit zu unterstützen, den Stand der Zusammenarbeit zu überwachen und Empfehlungen umzusetzen.
2. Der beste Garant für die Entwicklung der Zusammenarbeit lokaler Gebietskörperschaften besteht darin, gemeinsame Interessen zu definieren und zu verwirklichen. Die Arbeitsgruppe wird sich bemühen, die wichtigsten Themen und bewährten Verfahren zu definieren, auf die sich die Zusammenarbeit der lokalen Gebietskörperschaften konzentriert.
3. Die Arbeitsgruppe sollte eine Anlaufstelle für die lokalen Gebietskörperschaften beider Regionen und anderer Akteure sein, die zusammenarbeiten oder eine neue Initiative einrichten möchten. Die Gruppe sollte bei der Schaffung neuer Partnerschaften helfen.
4. Die Gruppe sollte ein Projekt ins Leben rufen, das den Stand der Zusammenarbeit in verschiedenen Aspekten zwischen Niederschlesien und Sachsen untersucht. Vor allem ist es wichtig, regelmäßig Berichte über den Stand des wirtschaftlichen Austauschs zu erstellen, zu verbreiten und die Meinung der Öffentlichkeit über die gegenseitige Wahrnehmung von Niederschlesien und Sachsen zu untersuchen (nach dem Vorbild Deutsch-Polnisches Barometer, das seit 20 Jahren vom Institut für öffentliche Angelegenheiten in Warschau und dem Deutschen Polen Institut in Darmstadt durchgeführten Studie: <https://www.deutsch-polnisches-barometer.de>). Es wäre auch sinnvoll, eine eingehende qualitative Umfrage unter politischen Entscheidungsträgern und Meinungsführern in beiden Regionen über Einstellungen, Werte, Motivation der Zusammenarbeit usw. durchzuführen. Eine solche Forschung würde eine Quelle gegenseitigen Wissens über beide Regionen sowie eine Grundlage für Strategien und Entscheidungen sein. Die Forschungsberichte sollten veröffentlicht werden, insbesondere im Interesse der Meinungskreise (Journalisten, Kolumnisten, Wissenschaftler, Wirtschaft usw.).
5. Die Gruppe sollte dafür sorgen, dass neue Umgebungen für die Zusammenarbeit angezogen werden, die in der Projektumfrage nicht erwähnt wurden. In erster Linie könnten es lokale Journalisten sein. Die Formate und Möglichkeiten des Austauschs zwischen lokalen Journalisten aller Arten von Medien sollten durch die Schaffung von Kontaktplattformen, Studienbesuchen und Informationsaustauschen ermittelt werden. Die Zusammenarbeit in diesem Umfeld ist wichtig für den Informationsaustausch zwischen den beiden Regionen.
6. Die Gruppe sollte sich um die Zusammenarbeit der Akteure bemühen, die sich für die lokalen Gebietskörperschaften in beiden Regionen einsetzen. Es sollte versucht werden, eine Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen wie der Stiftung für die Entwicklung der lokalen Demokratie, dem Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. sowie Verbände die Kommunen oder Landkreise vereinen bzw. zu fördern. Das Ergebnis könnte eine gegenseitige Ausbildung von Kommunalpolitikern und Beamten, die Organisation thematischer Studienbesuche, Workshops usw. sein.

7. Die Gruppe sollte den Kommunen und Landkreisen helfen, Arbeitsdokumente/Prioritätenlisten zu erstellen, wie die internationale Zusammenarbeit bestmöglich gestaltet und bekannt gemacht werden kann. (in Polen ist die Woiwodschaft gesetzlich verpflichtet, ein solches Dokument zu erstellen, im Falle von Gemeinden und Landkreisen ist dies freiwillig). Die Gruppe sollte auch externe Experten empfehlen, die den Kommunen bei der Erstellung getrennter Dokumente behilflich sind. Wichtige Themen der internationalen Zusammenarbeit würden somit in die Entwicklungsstrategie der Kommunen einfließen.

Empfehlungen für Kommunale Ebene

1. Gründung von Partnerstadtverbänden, die sich mit der Planung, Durchführung, Identifizierung weiterer Kooperationsstellen und der Beschaffung von Finanzmitteln befassen. Die Verbände sollten Vertreter aus Schlüsselkreisen zusammenbringen, die für die Durchführung der ausländischen Zusammenarbeit von Bedeutung sind. Durch das Funktionieren der Verbände kann sichergestellt werden, dass die Zusammenarbeit fortgesetzt wird und nachhaltig ist. Die Gründung ähnlicher Verbände – auch in den Partnerkommunen im Ausland – könnte die Zusammenarbeit erleichtern.
2. Die lokalen Gebietskörperschaften sollten (im Rahmen ihrer Möglichkeiten) die Mitgliedschaft in Kooperationsnetzen – Netzwerken – suchen, die bei der Durchführung von Projekten, der Entwicklung bewährter Verfahren und Lösungen für die Zusammenarbeit in bestimmten Themen helfen. Ein solches Kooperationsnetzwerk ist ALDA – die Europäische Vereinigung der lokalen Demokratie, die dem Europarat in Straßburg angeschlossen ist. ALDA hat heute fast 350 Mitglieder, die meisten davon Selbstverwaltungen aller Ebenen sind sowie NGO's (Nicht-Regierungsorganisationen) und Hochschulen. ALDA-Mitglieder sind beispielsweise die Woiwodschaft Niederschlesien, die Stadt Wrocław und die Merkurstiftung von Waldenburg.
3. Die Mitgliedschaft in internationalen Kooperationsnetzwerken bietet die Möglichkeit, externe Finanzmittel zu beschaffen. Ein Beispiel dafür ist eines der ALDA-Büros in Vicenza in Norditalien, das als Stabstelle für die Verwaltung europäischer Projekte für kleine und mittlere italienische Städte fungiert. Auf diese Weise können sich die untersten Selbstverwaltungsebenen an Projekten beteiligen, ohne über eigene finanzielle und inhaltliche Ressourcen zu verfügen. In ähnlicher Weise könnten kleine und mittlere Kommunen aus Niederschlesien und Sachsen die Dienste des ALDA-Netzes oder ähnlicher Organisationen nutzen.
4. Ausarbeitung eines Arbeitsdokuments auf kommunaler Ebene, in dem die langfristigen geografischen und thematischen Prioritäten für die Entwicklung der ausländischen Zusammenarbeit dargelegt werden. Die Arbeit an dem Dokument wird eine tiefere Reflexion über die Ziele und Instrumente der ausländischen Zusammenarbeit ermöglichen. Der Besitz eines Dokuments wird auch zu mehr Nachhaltigkeit und Effizienz der Zusammenarbeit beitragen. Bei der Arbeit an dem Dokument können externe Experten mit Ad-hoc-Hilfe unterstützt werden, um Empfehlungen zu formulieren, die auf die Merkmale und das Potenzial einer bestimmten lokalen Selbstverwaltung zugeschnitten sind.
5. Ermittlung der polnischen Mitbürger in den Partnerstädten in Deutschland sowie der deutschen Minderheit in den lokalen Gebietskörperschaften in Polen. Einbeziehung dieser Kreise in die Zusammenarbeit der lokalen Gebietskörperschaften.

6. Um Partnerschaften aufzupeppen und attraktiver zu machen, könnte man die Zusammenarbeit auf einen weiteren Partner aus einem anderen Land ausdehnen. Für Niederschlesien und Sachsen kann der natürliche „dritte“ Partner der tschechische, aber auch französische oder ukrainische sein.

Empfehlungen an Woiwodschaft Niederschlesien und Freistaat Sachsen

1. Unterstützung der Gebietskörperschaften auf Kreis- und Kommunalebene beim Aufbau und der Durchführung internationaler Partnerschaften. Zu diesem Zweck könnte auf polnischer Seite in Zuständigkeit des „Referates für Zusammenarbeit mit dem Ausland“ oder einer anderen Einheit des Marschallamtes – ein sogenannter „Liaison Officers for Self-Governments Support“ ernannt werden. Es wäre ein erster Kontakt für die Kommunen in allen Aspekten der ausländischen Zusammenarbeit.

Eine der Aufgaben des Liaison Officers wäre es, die Gründung neuer kommunaler Partnerschaften zu vermitteln, indem potenzielle Partner der niederschlesischen Kommunen in verschiedenen Ländern und Regionen, natürlich auch in Sachsen, empfohlen würden.

2. Das Verbindungsbüro Sachsen in Wrocław und das Regionalbüro Niederschlesiens in Dresden sollten die Zusammenarbeit der Kommunen und Landkreisen beider Regionen fördern.

Es wäre von Vorteil, dass beide Büros jedes Jahr eine Veranstaltung zur Zusammenarbeit der Kommunen veranstalten, um die erfolgreichsten Projekte sowie bewährten Verfahren zu präsentieren.


3. ***Erstellung einer Prioritätenliste der Behörden Niederschlesiens und Sachsens für gemeinsame Zusammenarbeit***

Das Dokument sollte richtungsweisende und thematische Empfehlungen für die Kommunen und Landkreise enthalten. Es sollten dabei die Verbände der Kommunen und Landkreise sowie Euroregion Neisse etc. konsultiert werden. Das Dokument sollte mindestens einmal während jeder Amtszeit der kommunalen Gebietskörperschaften erstellt und aktualisiert werden.

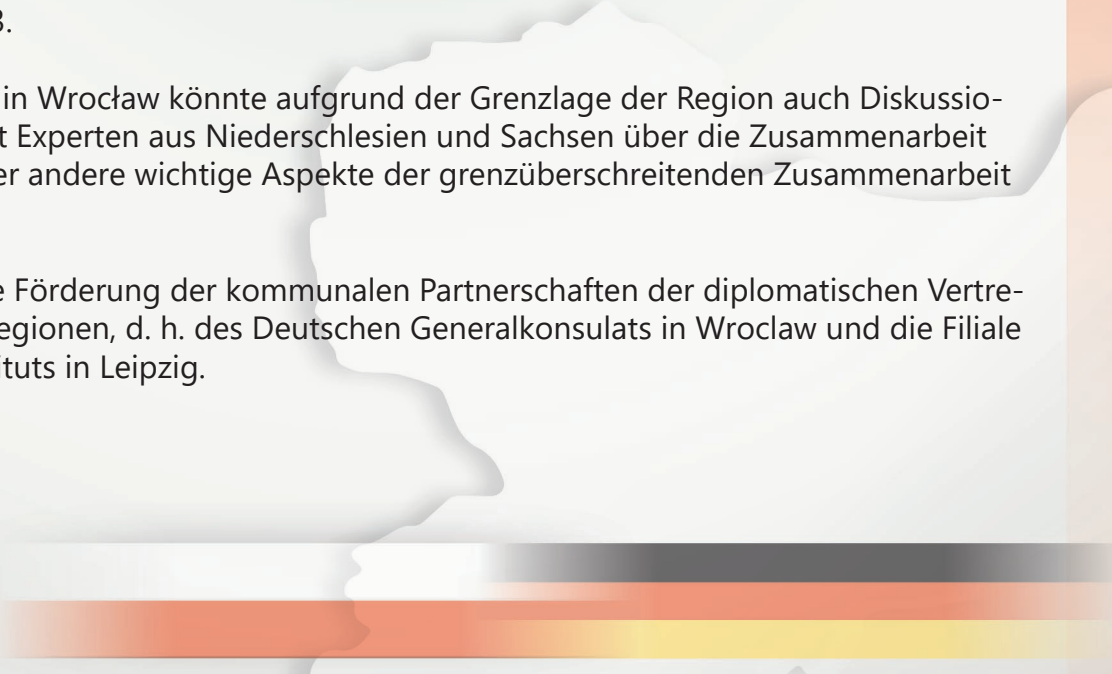

4. Organisation (oder Beauftragung externer Partner) von Schulungen und Informationsveranstaltungen über die zusammenarbeitenden kommunalen Gebietskörperschaften mit dem Ausland, gemeinsame Schulungen und Erfahrungsaustausch für kommunale Gebietskörperschaften beider Regionen. Unterstützung thematischer Studienbesuche für Selbstverwaltungen und andere an der Zusammenarbeit interessierten Kreise.

5. ***Erstellung einer Übersicht kommunaler, staatlicher oder internationaler Finanzquellen, die den beteiligten Regionen zur Verfügung gestellt wird.***

Dank dieser Basis (Übersicht) müssen die Kommunen nicht mehr allein nach Finanzierungsquellen suchen. Sowohl das Marschallamt als auch die Staatsregierung könnten die Kommunen und Landkreise bei der externen Mittelbeantragung und den dazu gehörigen Verfahren inhaltlich und organisatorisch unterstützen. Diese Beihilfen sollten in erster Linie kleineren Gemeinden zugutekommen.

- 
6. Erstellung eines Handbuchs über bewährte Verfahren für kommunale Partnerschaften. Das Handbuch würde die Instrumente und Ideen für den Aufbau und die Entwicklung lokaler ausländischer Partnerschaften zugänglich und praktisch beschreiben. Das Handbuch sollte auf realen Beispielen für Maßnahmen der lokalen Gebietskörperschaften basieren. Das Handbuch sollte ständig aktualisiert und erweitert werden, um innovative Ideen bekannt zu machen.
 7. Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung der interessantesten Kooperationsprojekte der lokalen Gebietskörperschaften. Der Fonds sollte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Modellprojekten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bereitstellen. Die Zuschüsse sollten im Wege eines offenen Wettbewerbs vergeben werden. Die finanzielle Unterstützung ist zwar nicht hoch und deckt nicht 100 % der Ausgaben, aber sie wäre ein wichtiger Anreiz für die Entwicklung von Partnerschaften.
 8. Einrichtung des Preises für die beste Partnerschaft der lokalen Gebietskörperschaften. Der Preis würde für innovative Formen der Umsetzung von Partnerschaften, die Öffnung neuer Themen und Formen der Zusammenarbeit vergeben und Modelllösungen fördern, die für andere Selbstverwaltungen als Leitbild dienen könnten.
 9. Einführung des Themas der Zusammenarbeit zwischen lokalen Gebietskörperschaften im Rahmen der Odra-Partnerschaft sowie in der Deutsch-Polnischen Regierungskommission.
 10. Einleitung einer gemeinsamen Debatte über die Möglichkeit der Gründung eines Europäischen Verbunds für Territoriale Zusammenarbeit an der sächsisch-niederschlesischen Grenze. Nach dem Vorbild des EVTZ Novum mit Sitz in Jelenie Góra mit 9 Partnern aus Polen und der Tschechischen Republik.

Empfehlungen an die polnischen und deutschen Außenministerien

1. Das Thema der ausländischen Zusammenarbeit lokaler Gebietskörperschaften könnte ständig in der Arbeit der Regionalen Zentren für internationale Debatten (RODM – Netzwerk von Zentren mit dem Sitz in allen regionalen Hauptstädten, finanziert beim Polnischen Außenministerium) in Polen präsent sein. Die RODMs könnten regelmäßig Veranstaltungen durchführen, die Entwicklung der Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften überwachen und die übergeordneten Behörden auf dem Laufenden halten. Ein Beispiel dafür sind beispielsweise Berichte von RODM in Wrocław – Netzwerk der internationalen Verbindungen der Städte Niederschlesiens von 2017 oder RODM in Kielce: Leitfaden für internationale Zusammenarbeit 2013.
 2. Der RODM mit Sitz in Wrocław könnte aufgrund der Grenzlage der Region auch Diskussionen, Workshops mit Experten aus Niederschlesien und Sachsen über die Zusammenarbeit der Kommunen oder andere wichtige Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit organisieren.
 3. Engagement für die Förderung der kommunalen Partnerschaften der diplomatischen Vertretungen in beiden Regionen, d. h. des Deutschen Generalkonsulats in Wrocław und die Filiale des Polnischen Instituts in Leipzig.
- 
- 

4. Maßnahmen zur Wiederherstellung des polnischen Ehrenkonsulats in Leipzig/Sachsen (wie in der Vergangenheit) oder in Dresden.
5. Wichtig ist auch die Unterstützung der Bundesregierung in Berlin für Initiativen zur Verbreitung der polnischen Sprache in Sachsen wie KoKoPol in St. Marienthal/Ostritz (<https://kokopol.eu/strona-startowa/?lang=pl>) sowie für die Aktivitäten von Organisationen wie Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung oder der Stiftung Erinnerung, Bildung, Kultur in Zgorzelec (<https://n.fundacijacentrum.eu>).
6. Wichtig für die Entwicklung der Grenzkooperation ist das Funktionieren von Einrichtungen wie: Center for Advanced Systems Understanding mit Sitz in Görlitz. CASUS ist ein gemeinsames deutsch-polnisches Forschungsinstitut, das eng mit der Universität Wrocław, der Universität Warschau, dem Internationalen Institut für Molekular- und Zellbiologie in Warschau und der Technischen Universität Warschau zusammenarbeitet.

Bartłomiej Ostrowski – seit 2020 Vizepräsident von ALDA - Europäische Vereinigung für lokale Demokratie, Netzwerk assoziiert bei Europarat in Straßburg. Ehemaliger Referatsleiter für Internationale Zusammenarbeit der Region Niederschlesien (Polen) und Leiter der Regionalen Vertretung Niederschlesien bei der EU in Brüssel. Dient als Diplomat - Stellvertretender Direktor des Polnischen Instituts in Moskau. Vorlesungen an der Universität Wrocław in den Fächern: Öffentliche und Kulturdiplomatie, internationale Organisationen, EU-Förderung, internationale Politik auf regionaler und lokaler Ebene. Studierte an der Universität Wrocław Politikwissenschaft, Europa und Deutschland Studien.



*Herausgegeben mit finanzieller
Unterstützung der Stiftung für
deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT